

hein.direkt 5

Zeitung der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein für Magdeburg und Schönebeck

»Engagement mit Herz«

Editorial

Rosemarie Hein auf Sommertour im Wahlkreis

Im Rahmen ihrer diesjährigen Sommertour besuchte Rosemarie Hein verschiedene Vereine im Wahlkreis, um sich einen Eindruck von der vielfältigen und wichtigen Arbeit dieser Einrichtungen zu machen.

Die abwechslungsreiche Sommertour führte vom künstlerischen Betreiber des Kulturzentrums Moritzhof bis hin zur »Vitopia e.G.«, einem alternativen Wohnprojekt, das ein ökologisches und nachhaltiges Leben anstrebt. Ob nun bei einem Getränk im Hofcafé oder bei einem Rundgang um das neue, fast fertiggestellte Gebäude des Bildungsträgers »Familienhaus e.V.« – im Mittelpunkt aller Gespräche standen die Zielsetzungen und Vorstellungen der Organisationen, aber auch deren auftretende Probleme und Wünsche. Alle Organisationen leisten den Großteil ihrer Arbeit auf der Grundlage eines breiten ehrenamtlichen Engagements und viel Herz.

Beim Besuch des »Vereins der DDR-geschiedenen Frauen« wurden die Folgen und Probleme politisch-rechtlicher Fehler des deutschen Einheitsprozesses sichtbar. In der DDR geschiedene Frauen erhalten keine Anrechnung für die Zeit der

Kindererziehung, die ihnen nach DDR-Recht aber zugestanden hätte. Sie sind Opfer der unterschiedlichen Rechtssysteme der beiden deutschen Staaten und werden aufgrund ihrer geringen Altersrente zu Bittstellerinnen im sozialen System oder müssen über das Rentenalter hinaus dazu verdienen.

Mit dem »Kneipp Verein Magdeburg«, der mit 2 000 Mitgliedern zu den größten Vereinen der Stadt gehört, stand schließlich einer der wichtigsten Anbieter im Bereich Seniorensport auf dem Programm. Sehr

erkenntnisreich waren die Ausführungen Dr. Steins, der davon berichtete, dass es auch Projekte mit Kindertageseinrichtungen gibt, um die Kneipp'sche Lebensweise rechtzeitig an junge Menschen heranzutragen.

Während der Gespräche konnte Rosemarie Hein wichtige Hinweise für die Vereine geben, aber auch neue Impulse für ihre politische Arbeit mitnehmen. Neben vielen Erkenntnissen brachte die Sommertour 2012 auch Spaß und Freude.

René Hempel



Liebe Leserin,
lieber Leser,

mit der aktuellen Sommerausgabe der hein.direkt möchte ich wieder über meine politischen Aktivitäten berichten und über eine Auswahl von Themen informieren, die mir sehr am Herzen liegen.

Baustellen gibt es sehr viele – sowohl auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, und etwa in Bereichen der Bildungs-, Sozial- und Gleichstellungspolitik.

Im Rahmen meiner alljährlichen Sommertour durch meinen Wahlkreis konnte ich einen Einblick in die Problemlagen, aber auch Erfolge verschiedener Verbände und Einrichtungen gewinnen. Viele plagen unter anderem finanzielle Probleme – ein Thema, das sicher im Herbst zu politischen Auseinandersetzungen führen wird, wenn es um die Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 geht.

Und nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihre



Katzenjammer bei der Kinderbetreuung

Das Ausbauziel bei der Kinderbetreuung wird bis zum August 2013 im Westen kaum zu erreichen sein. Was DIE LINKE schon lange weiß, ist nun auch bei der Bundesregierung angekommen. Darum hat die Bundesregierung aufgestockt: 580 Millionen Euro für 30 000 Betreuungsplätze mehr sollen den Ländern zufließen, weil das Ausbauziel zu gering angesetzt war. Doch derzeit fehlen noch mehr als 150 000 Krippenplätze. Sie fehlen vor allem im Westen, doch auch im Osten wird es inzwischen eng, auch in Magdeburg. Nun aber sollten die Bundesmittel an die Länder gehen, die den

größten Nachholbedarf haben. Das ist in höchstem Maße ungerecht. Nachdem sich in den 90er Jahren die östlichen Bundesländer wie Sachsen-Anhalt von den reichen Westländern vorwerfen lassen mussten, dass sie mit den immensen Mitteln für die Kinderbetreuung Steuergelder verschwendeten, rufen sie nun besonders laut nach Bundeshilfe. Der Preis für die vergleichsweise gute Versorgungslage im Osten war eine permanente Verschlechterung der Betreuungsstandards und der Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher. Selbst die Bertelsmann-Studie zur Kinderbetreuung

bezeichnet die Betreuungsschlüssel im Osten inzwischen als bedenklich. Wer aber gute frühkindliche Bildung will, muss auch gute Betreuungsqualität garantieren können, und dafür braucht man ausreichend Personal und Zeit. Es wird höchste Zeit, dass über den reinen Ausbau der Kinderbetreuung hinaus auch in allen Ländern – Ost wie West – gleiche Qualitätsstandards gelten, an deren Absicherung sich der Bund finanziell beteiligen muss. Dort wären die Mittel, die heute von der Bundesregierung für das überflüssige Betreuungsgeld eingeplant werden, sinnvoller aufgehoben.

Knallrot, original queer

DIE LINKE beim Magdeburger CSD

Berlin streitet darüber, ob gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die gleichen Rechte zugestanden werden sollen wie in einer Ehe. Die Öffnung der Ehe wird seit langem unter anderem deswegen gefordert, da Partnerinnen und Partner in der sogenannten »Eingetragenen Lebenspartnerschaft« bereits alle Pflichten bekommen, im Steuer- oder Adoptionsrecht, aber weiter das Nachsehen gegenüber Eheleuten haben.

Homo- und Transphobie ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und ist nicht nur rechten und konservativen Kreisen vorbehalten, sondern erstreckt sich über die sogenannte »Mitte« der Gesellschaft bis in linke Zirkel. Menschen, die nicht in das heteronormative Schema der Mehrheitsgesellschaft passen, werden ausgegrenzt, geschnitten und gezwungen, unsichtbar zu bleiben. Die Abwertung der Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexual-



len Menschen (LSBTI) findet täglich vor unser aller Augen statt, ist aber immer weniger explizit geworden und offenbart sich oftmals nur noch zwischen den Zeilen. »Ich habe nichts gegen Schwule, aber sie sollen mir bloß vom Halse bleiben«, ist eine der gängigen Phrasen, die die latente Phobie vor einer vermeintlichen Andersartigkeit entlarven.

aller, sich für den Erhalt der erarbeiteten Akzeptanz einzusetzen. Ebenso wichtig ist es, sich weiter für mehr Toleranz und einen besseren Umgang miteinander einzusetzen, um reaktionären Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Wir sind uns einig, dass die erkämpften Rechte für die LSBTI-Community ein guter Anfang, aber noch nicht das Ende der Fahnenstange sind. Es ist kontinuierliche Arbeit an den verkrusteten Moralvorstellungen der Gesellschaft vonnöten und Aufgabe

So stand für uns außer Frage, uns an der diesjährigen CSD-Parade mit einem eigenen Wagen und eigens erstellten Materialien zu beteiligen und für die Interessen der Menschen zu demonstrieren, die in unserer Gesellschaft marginalisiert werden.

Christian Baumann (Linke Jugend- und Hochschulgruppe Magdeburg)

Inklusion geht auch andersrum

Es ist schon lange nicht mehr die Frage, ob Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam lernen können und sollen. Die Bundesrepublik hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Damit ist sie verpflichtet, ein gemeinsames Lernen möglich zu machen. Die Frage ist nur noch, wie und wann dieses Recht für alle umgesetzt wird. Die Meinungen darüber, wie und wie schnell das geschehen soll, gehen aber auseinander. Doch Förderschulen, wie wir sie bis heute kennen, wird es in der Zukunft kaum noch geben. Das gilt auch für solche Schulen wie die Körperbehindertenschule am Fermersleber Weg, zumal dort alle Schulabschlüsse auch heute schon erreichbar sind. Dennoch steigen hier heute noch die Anmeldezahlen, aber der Zustand des Schulge-

bäudes ist beklagenswert. Da muss dringend Hilfe her. Eine Sanierung oder auch ein Um- oder Neubau nur als Förderschule ist angesichts der Verpflichtung zur Inklusion schwer zu begründen. Eine einfache Auflösung dieser Schule ist unrealistisch und den Betroffenen ebenso schwer zu erklären.

Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung schränkt die Lernmöglichkeiten der Kinder ohne Behinderung keinesfalls ein, wie oft befürchtet wird. Davon konnte ich mich in der mit dem Inklusionspreis ausgezeichneten Wilhelm-Busch-Schule in Berlin Kreuzberg überzeugen. Inklusive Bildung braucht allerdings gute Bedingungen: spezielle Fachkräfte, spezielle räumliche Gegebenheiten und Therapiemöglichkeiten, ausreichend Lernzeit, angemessene kleine Lerngruppen und so fort. Das, was derzeit in Sachsen-Anhalt dafür zugestanden wird, ist in keinem Falle ausreichend.

Also muss ein Umdenken her. Ich habe darum den Vorschlag gemacht, die Förderschule als inklusive Schule auch für Kinder ohne Beeinträchtigungen, als eine Schule mit einem besonderen Profil zu gestalten und zu bauen. Sie könnte dann Vorreiterin für Inklusion in Magdeburg werden. Dazu muss nun der Stadtrat entscheiden.

Rosemarie Hein

»Finger in der Wunde«

Nationaler Bildungsbericht bescheinigt soziale Spaltung

So richtig hat sich Deutschland vom verheerenden PISA-Schock nicht erholt. Zu Recht, war es doch ein eklatantes Armutszeugnis für das deutsche Bildungssystem und die Auflistung einer Reihe von Großbaustellen, die es anzupacken galt. Das Ärgerliche an der Sache ist nur, dass in den nunmehr zehn Jahren nach PISA die Ergebnisse die gleichen geblieben sind: Die soziale Lebenslage der Kinder und Jugendlichen bestimmt in Deutschland deren Bildungserfolg und noch immer können zwanzig Prozent der Fünfzehnjährigen nicht richtig lesen und tun sich schwer beim Textverstehen. Das bescheinigt auch der Nationale Bildungsbericht, der alle zwei Jahre erscheint. Die Ergebnisse des Berichts zeigen abermals sehr deutlich die Widersprüche und Ungerechtigkeiten des Bildungssystems auf. Einerseits steigen die Abiturienten- und Studierendenquoten an, was durchaus positiv ist. Doch so toll das auch klingt und von vielen als Vorzeigefakten für die Bildungsrepublik hochgehalten werden, darf andererseits nicht vergessen werden, dass fast ein Drittel der Bachelorstudierenden ihr Studium abbrechen und die Hochschulen mit dem enormen Andrang von Erstsemestern aus allen Hörsaalnähten plätzen. Die Zahl der Abgehängten verringert sich kaum und die Zahl derer, die auf Förderschulen abgeschoben werden, steigt sogar an. Weiter bemängeln die Forscher des Berichts die hohe



Anzahl an fehlenden Kitaplätzen. Sie sehen im Betreuungsgeld einen falschen Anreiz für die Eltern. Insbesondere bildungsbenachteiligte Kinder würden schließlich von der frühkindlichen Bildung und der Sprachförderung in Kitas profitieren. Die Baustellen sind also immer noch da, und während sich die einen die Zahlen weiter so schön reden, bleiben zu viele auf der Strecke. Wer weiß, wie viele Berichte, Studien, Monitorings und Evaluationen zur Bildung in Deutschland den Finger immer wieder in die Wunde legen müssen, bis endlich richtig angepackt wird.

Silke Michels

Im Parlament

Auswahl von Anträgen der Linksfraktion (weitere Initiativen auf www.linksfraktion.de):

Antrag 17/10100: »Exzellente Lehrerbildung überall sichern - pädagogische Berufe aufwerten«

Antrag 17/9411: »Internetfähige Computer gehören zum soziokulturellen Existenzminimum«



Katja Kipping

»Menschenunwürdige Lohndrückerei«

Vor einigen Monaten wandte sich Birgit P. an mich, weil sie von einer Sanktion bedroht war. Sanktion bedeutet, dass das ohnehin niedrige Arbeitslosengeld II in Schritten von 30 Prozent bis hin zum kompletten Entzug gekürzt wird. Birgit arbeitet als Ersatztagesmutter, das heißt, wenn eine reguläre Tagesmutter erkrankt, springt sie ein. Die Arbeit macht ihr Spaß, die Kinder schätzen sie. Zum Leben reicht es nicht. Dafür kommen zu wenige Stunden zusammen, in denen sie einspringen muss. Deswegen ist Birgit auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Ihr Fallmanager hat sie angewiesen, Bewerbungen für Stellen zu schreiben, auf denen sie mehr verdient. Das hat sie getan.

Allerdings hat sie in diesen Bewerbungen wahrheitsgemäß angegeben, dass sie erst im Sommer eine neue Stelle antreten kann, da sie mit dem Verein, bei dem sie einspringt, einen

»Sanktionen gegen Hartz-IV-Betroffene gehören abgeschafft«

Vertrag mit Kündigungsfristen hat. Der Fallmanager unterstellt ihr nun, sie sei selbst schuld, keinen neuen Job gefunden zu haben. Im Behördendeutsch: fehlende Mitwirkung. Ist die erst einmal unterstellt, dann ist Hartz IV schnell gekürzt. Zum Glück hat sich Birgit P. Unterstützung gesucht.

Die drohende Sanktion konnte in letzter Minute noch abgewendet werden.

Birgit P. ist kein Einzelfall. Immer wieder werden in unserem reichen Land arme Menschen durch Sanktionsandrohungen in Existenzangst gestürzt. Vierzig Prozent der Widersprüche gegen Sanktionen wird übrigens ganz oder teilweise stattgegeben. Hier wird Menschen zu Unrecht das Arbeitslosengeld II gekürzt. Menschen, die kein finanzielles Polster haben und in existenzielle Not bis hin zur Wohnungslosigkeit stürzen. Mit dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und auf Teilhabe ist die Sanktionspraxis unvereinbar.

Ein Einwand gegen Sanktionsfreiheit lautet: Man muss auch an die denken, die mit ihrer Hände Arbeit Sozialleistungen erwirtschaften.

Tatsache ist jedoch: Die Beschäftigten erwirtschaften mit ihrer Hände Arbeit zuallererst einmal eines, die Gewinne der Konzerne und die Boni der Topmanager. Dass die Beschäftigten zum großen Teil auch für das Steueraufkommen verantwortlich sind, liegt nicht an den Hartz-IV-Betroffenen. Das ist Ergebnis einer verfehlten Steuerpolitik, die Geschenke für Superreiche ermöglicht und die Mittelschicht zur Kasse bittet.

Wer möchte, dass die Mittelschicht mehr Geld in der Tasche hat, der muss nicht Erwerbslose schikanieren, sondern der muss für Steuergerechtigkeit sorgen. Wer meint, die Verkäuferin oder der Kfz-Mechaniker hätte nur einen Cent mehr in der Tasche, wenn wir Erwerbslose mit Sanktionen schikanieren, der irrt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Hartz-IV-Sanktionspraxis übt Druck auf die Löhne aus. Allein die Existenz von Sanktionen führt dazu, dass die Bereitschaft, niedrigere Löhne und familienunfreundliche Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen, zugenommen hat.

Ich meine, wer von Arbeitslosengeld II, das ohnehin zu niedrig ist - das hat im April auch das Berliner Sozialgericht so entschieden - leben muss und immer wieder Absagen auf Bewerbungen bekommt, der ist bereits doppelt gestraft und den müssen Politik und Ämter nicht noch zusätzlich schikanieren.

DIE LINKE meint: Kein Mensch hat es verdient, in Existenznot zu geraten. Deswegen wollen wir die Sanktionen abschaffen.

Weitere Texte und Filme zum Thema Hartz-IV-Sanktionen finden Sie auf der Internetseite von Katja Kipping: www.katja-kipping.de

Das Frauenhaus muss in kommunaler Hand bleiben

Im Jahr 1976 wurden in Köln und Berlin die ersten Frauenhäuser in Deutschland eingerichtet. Damals wie heute dienen Frauenhäuser dazu, von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Kindern vorübergehend eine sichere Unterkunft zu bieten und ihnen weitergehende Hilfs- und Beratungsangebote zukommen zu lassen. Anfangs noch durch Aktivistinnen der Frauenbewegung getragen, werden Frauenhäuser heute besonders durch kirchliche Träger oder auch Träger der freien Wohlfahrtspflege betrieben. In wenigen Fällen sind auch die einzelnen Kommunen Träger der Frauenhäuser, so auch in Magdeburg. Ein solches Modell bietet einige Vorteile. Einerseits für die Beschäftigten, die Angestellte der Kommunen sind und für ihre belastende Arbeit nach dem Tarif für den öffentlichen Dienst bezahlt werden. Andererseits auch

für die Betroffenen, die sicher sein können, dass ein qualitativ hochwertiges Angebot vorgehalten wird, das nicht zuerst auf betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten schaut, sondern die Belange der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt.

Solche wichtigen Angebote sind nicht zum Nulltarif zu haben. In Zeiten immer knapper werdender Haushaltsmittel in Magdeburg war es dann auch nur eine Frage der Zeit, bis in der Stadtverwaltung beziehungsweise in einzelnen Stadtratsfraktionen, auch in diesem Bereich die Frage aufkam, wie hier Geld gespart werden kann. So votierte eine Mehrheit des Magdeburger Stadtrates dafür, die Betreibung des Frauenhauses auszuschreiben und an einen freien Träger abzugeben. Die Ausschreibung ist mittlerweile erfolgt und es muss befürchtet werden, dass

das Frauenhaus die längste Zeit eine kommunale Einrichtung war. Insbesondere für die betroffenen Frauen und ihre Kinder dürfte das nichts Gutes bedeuten, denn die Abgabe des Frauenhauses an einen freien Träger rentiert sich für die Kommune und das Land nur, wenn sie dabei auch Kosten sparen. Da die öffentliche Hand dem freien Träger aber seine Kosten für den Betrieb des Frauenhauses erstatten muss, ist eine Kostenersparnis nur möglich, wenn entweder das entsprechende Leistungsspektrum reduziert wird oder die Beschäftigten schlechter bezahlt werden als bisher. In jedem Fall würde dies zu massiven qualitativen Einbußen führen. Deshalb kann es nur einen Weg geben: Das Frauenhaus in Magdeburg muss in kommunaler Hand bleiben!

Torsten Hans



Termine

- 9. September 2012, 10 Uhr**
Kranzniederlegung am Mahnmal Opfer des Faschismus, Westfriedhof Magdeburg
- 19. September 2012, 17 bis 19 Uhr**
Infoveranstaltung: Gute Bildung braucht das Land! Einheit in der Vielfalt - über die Zuständigkeiten in der Bildung. Wahlkreisbüro, Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg

28. September 2012, 17.30 Uhr
Regionalkonferenz DIE LINKE Magdeburg, Haus der Gewerkschaften, Otto von Guericke Str., 39104 Magdeburg

8. Oktober 2012, 17 bis 19 Uhr
Infoveranstaltung: Gute Bildung braucht das Land! Inklusive Bildungs-Modewort oder Anspruch? Wahlkreisbüro, Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg

Anschriften

Wahlkreisbüro Magdeburg
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Telefon: 0391 / 8 19 00 05
Telefax: 0391 / 8 19 00 06
rosemarie.hein@wk.bundestag.de
rosemarie.hein@wk2.bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 / 22 77 17 89
Telefax: 030 / 22 77 65 66
rosemarie.hein@bundestag.de

www.rosemarie-hein.de

Impressum: Redaktionsschluss: 30. August 2012. Herausgeberin: Rosemarie Hein (V.i.S.d.P.).
Redaktion: Torsten Hans, Silke Michels, René Hempel, Matthias Klätte.
Layout: Trialon | **Satz:** Mark Seibert

hein.direkt im Abo

Ich möchte:

- »hein.direkt« kostenlos erhalten
- Den E-Mail-Newsletter erhalten (bitte E-Mail-Adresse angeben)
- Informationen zu bildungspolitischen Themen erhalten
- Informationen zu folgenden Themen erhalten:

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

E-Mail: _____

Aufnahme der Nicolaikirche in das Denkmalschutzprogramm

Fährt man in Magdeburg die Lübecker Straße in Richtung Norden, so kann man, wenn man den Nicolaipplatz erreicht hat, ein Kirchengebäude entdecken, das auf den ersten Blick unscheinbar wirkt und doch von großer kulturhistorischer und geschichtlicher Bedeutung ist.

Es handelt sich bei der an der östlichen Seite des Nicolaipplatzes gelegenen Nicolaikirche um den ersten Kirchenbau des bedeutenden preußischen Baumeisters Karl Friedrich Schinkel. Nachdem Schinkel im Jahre 1817 den Auftrag für den Kirchenneubau erhielt, sein erster Entwurf jedoch aus Kostengründen abgelehnt wurde und ein zweiter Entwurf nicht den militärischen Erfordernissen der Festung Magdeburg entsprach, konnte dann nach einem dritten Entwurf im Jahre 1821 der Grundstein für die heutige Nicolaikirche gelegt werden. Drei Jahre später, im Oktober 1824, konnte die neue Nicolaikirche eingeweiht werden. Der Entwurf dieses Schinkelschen Kirchenbaus war so erfolgreich, dass er als Vorbild für viele



weitere Kirchenbauten in Preußen diente. Bei diesem Kirchenbautyp, die sogenannte Schinkelsche Normalkirche, handelt es sich um einen klassizistischen Rundbogenbau in Fachwerkbauweise, der sich durch seine schlichte und sparsame Ausführung auszeichnet. Auch die gedungenen Türme sind ein charakteristisches Merkmal der Schinkelschen Normalkirche.

Besuchs der Nicolaikirche in einem Gespräch mit der Kirchengemeinde und der Architektin über die geplanten Restaurierungsarbeiten an der Nicolaikirche. Dabei war man sich einig, dass die Nicolaikirche von herausragender baugeschichtlicher Bedeutung ist. Rosemarie Hein versprach, sich für eine Aufnahme der Nicolaikirche in das Denkmalschutzprogramm des Bundes stark zu machen.

Vor einigen Wochen informierte sich Rosemarie Hein während eines

Torsten Hans

Neue Bildungsbroschüre erschienen

Mit dieser Broschüre möchte die DIE LINKE. im Bundestag einen Debattenbeitrag zu bildungspolitischen Problemen bieten. Wir beleuchten alle Bildungsbereiche und setzen uns

kritisch mit dem derzeitigen Zustand der Bildungslandschaft in Deutschland auseinander.

Die Broschüre ist kostenlos und kann bei Interesse bestellt werden:

Basierend auf der Vorstellung eines emanzipatorischen und inklusiven Bildungsverständnisses, die Forderung nach Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und ein Mehr an Demokratie in Schule, bei der Ausbildung und während des Studiums bieten wir konkrete Vorschläge, wie Bildungspolitik und Bildungswirklichkeit sich entwickeln müssen.

Per Post:
Rosemarie Hein (MdB),
Wahlkreisbüro, Ebendorfer Str. 3,
39108 Magdeburg.

Per E-Mail:
rosemarie.hein@bundestag.de

oder Fax: 0391-8190006 und ist zudem abrufbar unter
www.rosemarie-hein.de/zeitung



alle Bildungsbereiche und setzen uns

Preisrätsel

Gewinnen Sie mit Rosemarie Hein: Senden Sie die Lösung an Wahlkreisbüro Rosemarie Hein (MdB), Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg. Oder per E-Mail an: rosemarie.hein@bundestag.de

Einsendeschluss ist der 19. Oktober 2012.

- Preis:** Eine Reise nach Berlin zum Bundestag mit Führung und Mittagessen für zwei Personen
- Preis:** Ein Büchergutschein über 30 Euro.
- Preis:** Kinogutscheine für zwei Personen

Das gesuchte Wort ist ein Magdeburger Ortsteil.

--	--	--	--	--	--

Behandlungsweise	Abschiedsgruß	brüten	an dieser Stelle	hin und ...	Stelle des Verbrechens	Ausruf des Bedauerns	Schlagbecken
▶	▼	▼	▼	▼	2	3	▼
Schonkost	▶				ein Brausebad nehmen	Insekt, Wasserjungfer	
▶		Wintersportart	▶		4		
engl.: ja	Norm, Richtschnur		Vorfall, Begebenheit	still, lautlos	1		
Gegenteil von links	▼		▼			sauber, fleckenlos	Hauptstadt Österreichs
▶			5	Abk.: unverbindl. Preisempfehlung	Flugzeugbesatzung		
dt. Popsängerin		Volk und Sprache in Ostafrika	▶				
▶			6		Hast, überstürztes Drängen		
Vulkan bei Neapel		einen Faden herstellen	▶				